

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckverlag: Tagesblatt Rieser.
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postkassentor: Dresden 1880
Stroßasse Rieser Nr. 52.

Nr. 107.

Montag, 10. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch den Postboten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Bezugspreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bestilliger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten zur Flaggenfrage.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident hat gestern abend an den Reichskanzler nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die zweite Verordnung über die deutschen Flaggen vom 3. Mai 1926 ist in der Öffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen ausgesetzt. Die aus dem und wirtschaftspolitischen Ereignissen der letzten Zeit, die einer neuen Gestaltung Deutschlands im Ausland den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft einleiteten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Ausland und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Ausland unter besonders schweren Begleitumständen der ungeliebte Flaggenstreit im Wege. Diesem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 3. Mai dieses Jahres abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird. Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verordnung bestimmten Nationalfarben zu befestigen. Ich bin vielmehr nach wie vor entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln.

Leider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwelende Streit um die Flaggenfrage ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen verbindlichen Ausdeich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Verstand und der Gerechtigkeit des Volkes gerecht wird, ist mein innigster Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur nächsten Sitzung sowohl mit den entscheidenden Faktoren im Reich als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklich nachzugehen. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines nationalen Daseins schart!

Mit der Versicherung meiner hohen Verehrung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener
gez. von Hindenburg.

Besprechung der Reichsminister.

Berlin, 3. Mai. Die Verhandlungen in der Flaggenfrage haben, wie von parlamentarischer Seite verlautet, vor einem Wendepunkt. Noch heute oder morgen, jedenfalls vor der Reichstagsdebatte am Dienstag, wird ein entscheidender Schritt erfolgen.

Über die Verhandlungen der Regierung mit den Regierungspartei in den letzten Tagen verlautet, daß nach dem am Freitag Reichsinnenminister Dr. Rühl die Verhandlungen mit den Führern der Parteien geführt habe, am Sonnabend Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Vertretung der Reichsregierung bei den Konferenzen mit den Regierungspartei übernahm. Am Sonntag morgen habe Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und den Arbeitsminister Dr. Brauns zu einem etwa einstündigen Vortrag über die politische Lage empfangen. Der Reichspräsident habe wiederholt Gelegenheit genommen zu betonen, daß er selbstverständlich die ganze Flaggenfrage nur auf der verfassungsmäßig gegebenen Grundlage behandelt habe und behandeln werde. Im Anschluß an die Besprechungen beim Reichspräsidenten fand eine Sitzung der in Berlin anwesenden Reichsminister statt. Dabei sei erneut hervorgehoben worden, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, daß der Zweck der Flaggenverordnung, die in den Kreisen der Auslandsdeutschen auf dem Gebiet des Flaggenwesens aufzutretenden Unzufriedenheiten abzumildern, erreicht werden werde. Daß hinsichtlich einlaufende Zustimmungserklärungen der zuständigen Auslandsstellen die Reichsregierung in dieser Hinsicht, auf der anderen Seite verleihe die Reichsregierung nicht, daß ihr Vorgehen im Innere hiesigen Mißverständnissen ausgesetzt gewesen ist und es hat selbstverständlich auch der Reichsregierung jeder verfassungswidrige Eingriff auf diesem Gebiete fernzulegen.

Wie berichtet wird, hat sowohl der Reichspräsident wie die Reichsregierung entschlossen, in dem jetzt wieder auflebenden Flaggenstreit einen verbindlichen Ausdeich zu suchen, der selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigem Wege gefunden werden kann. Endgültige Entscheidungen hierüber sind in allerhöchster Frist zu erwarten.

In der heutigen interfraktionellen Besprechung der Regierungspartei in der Reichstagsversammlung vom Zentrum die Abgeordneten von Gumbert und Siegenwald teil, von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Scholz und Beckinghaus und von den Demokraten der Abgeordnete Koch. Die Bayerische Volkspartei war durch den Abgeordneten Reich vertreten. Von der Reichsregierung war nur der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erschienen, der die Parteiführer über den Inhalt der Ministerbesprechung unterrichtete. Beschlüsse wurden in diesem interfraktionellen Ausdeich nicht gefaßt. Zentrum und Demokraten halten, wie das Nachrichtenbüro des B. D. S. erklärt, nach wie vor daran fest, daß der Flaggenstreit ungelöst bleibt und werden das auch bei der Dienstag-Debatte zum Ausdruck bringen. Die endgültige Entscheidung dieser Parteien wird am Montag festgelegt werden. Sowohl der Parteivorstand der Demokraten, als auch der des Zentrums, versammeln sich am Montag nachmittags.

Nach Schluß dieser Parteivorstandssitzungen treten die beiden Fraktionen am Montag abend zusammen. In der Dienstag-Sitzung wird nach der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation voraussichtlich der Reichskanzler sofort zur Beantwortung des Wortes nehmen, nach ihm der Innenminister Dr. Rühl, während der Außenminister Dr. Stresemann erst später in die Debatte eingreifen wird.

Zustimmende Äußerungen über die Flaggenverordnung.

Berlin. Aus Kreisen des Auslandsdeutschtums sowie der Interessenten des deutschen Ueberseehandels sind außer den bereits veröffentlichten noch weitere zustimmende Äußerungen über die Flaggenverordnung bei den Reichsbehörden eingegangen.

U. a. haben auch nachstehende Organisationen ihre Zustimmung über die von der neuen Regelung zu erwartende Beseitigung des Flaggenstreites im Ausland telegraphisch zum Ausdruck gebracht: Der Verband deutscher Frauen in Mexiko, die Arbeitsgemeinschaft der Kolonistenverbände, die Reichsvereinigung deutscher Hausfrauen, die Gesellschaft für Exportverbindungen, der Afrika-Klub, der Deutsche Bund Mexiko, der Deutsche Kriegerverein Buenos Aires, sowie Verbände ehemaliger Deutsch-Afrikaner in Hamburg, die Bremer Handelskammer, der Verein Bremer Exporteure und andere Wirtschaftsverbände in Bremen, Wandlbeck usw.

Die Demokraten für Reichstagsauflösung.

Der „Montag-Morgen“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Dr. Erich Koch, in der dieser erklärt habe, die Demokratische Partei sei nicht geneigt, in irgend einer Weise Plänen beizustimmen, die geeignet wären, den Gegnern der schwarzrotgoldenen Reichsfahne irgend welche Konzessionen zu machen. Falls die Krise sich weiterhin zuspitzen sollte, dann bleibe nichts anderes übrig als die Auflösung des Reichstages.

Erneute Besprechungen.

Berlin. (Funkpruch.) In den Mittagsstunden fand wiederum eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Führern der Regierungspartei statt. Wie in demokratischen Kreisen verlautet, sollen die Demokraten den Rücktritt des Reichskanzlers gefordert haben. Eine Bestätigung dieser Nachricht war jedoch bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Noch strengstes Stillschweigen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Verhandlungen der Regierungspartei mit der Regierung hatten nach 1 Uhr ihr Ende erreicht. Ueber ihr Ergebnis wird von den Parteiführern strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie verlautet, soll von den Demokraten dem Reichskanzler nahegelegt worden sein, von seinem Amte zurückzutreten, da vielleicht dann eine Lösung der kritischen Fragen leichter zu finden sein würde. Eine bestimmte Forderung in dieser Richtung ist jedoch nicht gestellt worden. Die anderen Parteien verhielten sich in dieser Frage abwartend.

Im Anschluß an diese Parteiführerbesprechung fand dann ein Kabinettsrat statt. Wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, werden die Reichsminister sich mit dem Reichskanzler solidarisch erklären. Am Nachmittag versammeln sich die Parteiführer noch einmal beim Reichskanzler.

Der Reichsparteivorstand der Demokratischen Partei ist um 2 Uhr im Reichstagsgebäude erschienen. Der Parteivorstand des Zentrums versammelt sich um 3 Uhr. Die Fraktionen der Regierungspartei werden nach dem Reichstagsplenum zusammentreten.

Demokraten und Zentrum zur Lage.

Berlin. (Funkpruch.) Die SS. glaubt zu wissen, daß Demokraten und Zentrum sich der Anregung über die Regelung der Flaggenfrage anschließen werden, die der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Reichskanzler ausgesprochen. Voraussetzung für ihre Mitarbeit werde dabei sein, daß tatsächlich eine Fahne geschaffen werde, die als Wahrzeichen der Republik im In- und Auslande in gleicher Weise Geltung beanspruchen könne und die die Gewähr biete, daß der Flaggenstreit dann wirklich zu Ende gehe.

Die entscheidende Sitzung der Fraktionsverbände werde erst heute nachmittags stattfinden. Die interfraktionelle Sitzung, die gestern abend abgebrochen wurde, wird heute mittag fortgesetzt.

Verfahren gegen Göring?

Der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Oberpräsident der Provinz Sachsen, Göring, soll nach Blättermeldungen auf einer Kundgebung des Reichsbanners in Rürnberg erklärt haben, er lehne sich nicht, die Verantwortung auszusprechen, daß Reichskanzler Dr. Luther den Reichspräsidenten verleitet habe, durch Unterzeichnung der Flaggenverordnung einen Verfassungsbrech zu begehen. Im Anschluß daran habe Göring die Forderung erhoben: Fort mit diesem Reichskanzler!

Nach anderen Berichten soll Göring in diesem Zusammenhang auch von Hochverrat gesprochen haben. Wie die Berliner Montagspost dazu meldet, soll sich Reichskanzler Dr. Luther am getrigen Sonntag wegen dieser Rede Göring auf den preussischen Ministerpräsidenten ge-

wandt und ihn gefragt haben, ob ein hoher Staatsbeamter in aller Öffentlichkeit so schwere Anschuldigungen gegen das Reichsoberhaupt und den Reichskanzler erheben dürfe. Ministerpräsident Braun habe über den genannten Wortlaut der Rürnberg-Rede Bericht eingeholt und davon werde es abhängen, ob gegen Göring disziplinarisch vorgegangen sei.

Prof. Hans Delbrück zur Flaggenverordnung.

In einem Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung unter der Ueberschrift „Für die Flaggenverordnung“ beschäftigt sich Professor Hans Delbrück mit der Flaggenverordnung des Reichspräsidenten, die vielfachen Widerspruch, besonders auch in parlamentarischen Kreisen gefunden habe. Er geht von der Zeitungsnachricht aus, daß am 2. und 3. April in einer Weimarer Zusammenkunft von etwa 60 Hochschullehrern, darunter auch weit linksstehenden und auch Sozialdemokraten, von allen Seiten festgehalten worden sei, daß das deutsche Volk heute nur in den Formen der Republik bestehen und sich aus seiner tiefen Erniedrigung wieder emporarbeiten könne. Der Berliner Historiker Friedrich Meinecke habe in einem Referat einen Vorschlag gemacht, der sich mit der jetzigen Flaggenverordnung des Reichspräsidenten nahe berührt. Man könne nicht sagen, daß die Weimarer Versammlung den Reichspräsidenten gebilligt habe, aber es habe sich auch kein Widerspruch erhoben.

Delbrück führt dann weiter u. a. aus, daß die Forderung der Landesfarben im Augenblick des nationalen Zusammenbruchs ein ungeheurer Fehler war, sei wohl ziemlich allgemein anerkannt, daß es im besonderen ein Fehler war vom Standpunkt der Republik, liege auf der Hand, aber, so höre man vielfach sagen, nachdem es einmal geschehen, müsse es durchgeführt werden, das sei wohl leider richtig. Aber müsse man nicht wenigstens suchen, den Schaden, den der Fehler der Flaggenveränderung angerichtet habe, nach Möglichkeit abzumildern? Schon die Weimarer Verfassung verleihe es, indem sie neben der Reichsfahne noch andere Flaggen einführe. Das Ideal, das ganze deutsche Volk mit Herz und Verstand unter einer Fahne zu vereinen, sei unerreichtbar. Sehr große Teile des deutschen Volkes könnten und wollten sich nicht entschließen, die schwarz-rot-goldene Fahne zu hissen. Es seien doch die besten patriotischen Triebe, die unsere Landsleute im Ausland verhindern, mit ihrem Konflikt die gleiche Fahne aufzusetzen. Deshalb solle der deutsche Konflikt nicht auch die Fahne hissen, die die deutsche Verfassung für die Nation der in fremde Häfen einlaufenden deutschen Schiffe beliebt? Er könnte sich nicht vorstellen, daß das Ansehen der Deutschen im Ausland unter der Reform leiden sollte, er sei im Gegenteil überzeugt, daß man darin ein Zeichen der Annäherung der deutschen Parteien, eine Milderung des Parteigegensatzes, also eine Stärkung des deutschen Ansehens erblicken werde. Daß das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ sich gegen die Erneuerung wehre, gleiche nur deshalb, weil man hier in der Reichsfahne zugleich die Parteifahne sehe. Der wahrhaft nationale Standpunkt aber müßte sein, daß man, da eine wirkliche Einheitsfahne einmal nicht zu erreichen sei, die Schärfe des Gegensatzes der Symbole abschwäche. Aus diesem Grunde könne er der Anordnung des Reichspräsidenten seinen Beifall nicht verweigern. Es sei auch durchaus richtig, daß das Reichskabinet den Entschluß gefaßt hat, ohne erst mit den Fraktionen Abklärung zu nehmen. Es würde die reine Karikatur des Parlamentarismus sein, wenn in solchen Fragen die Fraktionen mitreden wollten. Es wäre eine vollständige Bankrotterklärung des Parlamentarismus, wenn der Reichstag jetzt diese Flaggenverordnung zum Anlaß nehmen wollte, die Regierung zu kürzen, und wenn es geschehen sollte, so könnte das Kabinet Luther ein ehrenvollerer Ende nicht finden. In seinen Augen, so schließt Professor Delbrück, und er wisse, daß er im Sinne nicht weniger Kollegen spreche, sei die Flaggenverordnung eine ebenso kluge wie mutige Tat.

Folgen schweres Unglück auf der Hütte Phönix.

Duisburg. (Funkpruch.) Heute vormittags 9 1/2 Uhr kürzte auf der Hütte Phönix das Güttendach des Schnell- und Feinwalzwerkes ein und begrub die darin beschäftigten Arbeiter. Um 10 Uhr waren 10 Verletzte und ein Toter geborgen. 20 Arbeiter liegen noch unter den Trümmern.

Duisburg. Ruhrort. (Funkpruch.) Von der Verwaltung der Hütte Phönix wird mitgeteilt: Heute vormittags gegen 9 1/2 Uhr kürzten plötzlich von der Fein- und Schnellwalzstraße, die nebeneinander liegen, die Dächer ein. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die Zahl der Toten beträgt bisher 3, sowie 2 Schwere und 12 Leichtere. Sämtliche von dem Unglück betroffenen Personen sind geborgen.

Das Gesetz gegen Aufwertungsvollstreckungen dem Reichstag zugegangen.

Berlin. Der Reichsminister des Innern hat dem „Normalkurs“ zufolge dem Reichstage den Gesetzentwurf vorgelegt, der die Möglichkeit eines Vollstreckens für alle Geleise ausschließt, die die Folgen der Selbstwertung für vor dem 1. Februar 1924 begründete Rechtsverhältnisse regeln.